



»**Niedersachsen als Flächenland mit Ballungsräumen auf der einen und ländlichen Regionen auf der anderen Seite wird von dieser Landesregierung einfach im Stich gelassen.«**

Gerd Will

Weitere Informationen zu den Regionalisierungsmitteln:
www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=8877&lang=de

KEIN KAHLSCHEID BEIM NAHVERKEHR – LAND IST FINANZIELL IN DER PFlicht

»Der öffentliche Personennahverkehr darf nicht zum Steinbruch des Finanzministers werden«, forderte Gerd Will, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag. Obwohl der Ministerpräsident bereits durch das Land ziehe und Wahlgeschenke verteile, kürze die Landesregierung die für den Nahverkehr bestimmten »Regionalisierungsmittel« um 47,976 Millionen Euro.

Die Regionalisierungsmittel werden den Ländern vom Bund zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs zur Verfügung gestellt. Der Bund kürzt diese Mittel um ca. 48 Millionen Euro im Jahr 2007 und um 66 Millionen Euro im nächsten Jahr. Gerd Will forderte die Regierung Wulff daher auf, dem Vorbild der anderen Bundesländer zu folgen, und den Nahverkehr mit landeseigenen Geldern zu unterstützen. Im Gegensatz zu anderen Ländern reicht Niedersachsen die Kürzung der Regionalisierungsmittel vollständig an die Verkehrsträger weiter, die nun gezwungen sind, ihr Leistungsangebot deutlich einzuschränken. Die SPD-Fraktion warnt nun vor den sich abzeichnenden massiven Einschnitten beim Personennahverkehr.

Die verfehlte Verkehrspolitik der Landesregierung belastet den Nahverkehr in doppelter Hinsicht: Nicht nur, dass sich das Land weigert, die Mindereinnahmen der Verkehrsbetriebe auszugleichen. Vielmehr bedient es sich gleichzeitig noch Jahr für Jahr aus dem Topf der Regionalisierungsmittel mit zirka 90 Millionen Euro, um damit die gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichszahlungen für die Schülerverkehre zu finanzieren. Diese Summe fehlt nun zusätzlich bei der Finanzierung der Busse und Bahnen im Regionalverkehr.

Eine Anhörung des Verkehrsausschusses hat deutlich gemacht, welche Folgen die Kürzungen durch die Landesregierung für die Aufgabenträger in den Regionen haben werden:

Im Bereich des Großraumverbandes Braunschweig müssen über 300.000 Zugkilometer sofort eingespart werden. Weitere Kürzungen drohen in den nächsten Jahren. Auch die Region Hannover hat während der Anhörung deutlich gemacht, dass bei den absehbaren Planungen intelligente Lösungen der Landesregierung fehlen. Allein durch den Einsatz kommunaler Mittel in Höhe von ca. 8,5 Millionen Euro gelänge es, 2006/

2007 die Kürzungen nicht voll durchschlagen zu lassen. Dennoch käme es auch hier zu Abbestellungen von über 120.000 Zugkilometern, zu Einschränkungen von Wochenendverkehren und zur Abbestellung von Busverkehren in Höhe von ca. 1,8 Millionen Euro. Im Zuständigkeitsbereich der Landesnahverkehrsgesellschaft (restliches Niedersachsen) wurden 2006 bereits 0,9 % der Leistungen gekürzt. Die notwendigen Einsparungen betragen 31 Millionen Euro ab 2007, davon allein 20 Millionen Euro im investiven Bereich.

Die bisher sehr erfolgreiche Politik der Stärkung des Personennahverkehrs durch Attraktivitätssteigerung und Angebotsausweitung wird durch den nahezu unvermeidlichen Kahlschlag ins Leistungsangebot des Personennahverkehrs nachhaltig gefährdet. Die Kürzungspolitik der Landesregierung zwingt die Menschen zur Rückkehr auf den Individualverkehr mit all seinen negativen ökologischen und ökonomischen Folgen. Angesicht von Benzinpreisen auf Höchstständen und des nicht länger zu verleugnenden Klimawandels ist dies ein verheerendes Signal von der rückwärts gewandten Landesregierung. ■



Neujahrsempfang: Der Lüneburger Oberbürgermeister Ulrich Mägde begrüßt die Gäste.

EIN STARKES STÜCK NIEDERSACHSEN...

...im Fraktionssaal der SPD-Landtagsfraktion. 140 sozialdemokratische Landräte, Bürgermeister und Fraktionsvorsitzende aus dem ganzen Land folgten der Einladung der Landtagsfraktion zu einem Neujahrstreffen am 2. Februar 2007. Das Treffen dokumentierte die Stärke der SPD in den kommunalen Parlamenten, es spiegelte aber auch die gute Zusammenarbeit zwischen Land Kommunen wider. Nach kurzen Reden des Lüneburger Oberbürgermeisters Ulrich Mägde und des Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Jüttner zu den Aufgaben der nächsten Monate wurde noch länger am kalten Büfett über Landes- und Kommunalpolitik geplaudert. ■

SCHULDENFALLE STUDIUM?

Angesichts der Einführung von Studiengebühren in Niedersachsen stellt sich für junge Menschen zunehmend die Frage, ob sie ein Studium und dessen Finanzierung beispielsweise über Studienkredite noch wagen können. Während die von Politik und Wirtschaft versprochenen Stipendiensysteme auf sich warten lassen, wittern die Banken ein gutes Geschäft und werben für Studienkredite. Mangelnde Transparenz über die spätere Kreditbelastung und Angst



Dr. Gabriele Andretta und Prof. Dr. Rolf Dobischat

vor Verschuldung schrecken vor allem Studierwillige aus sozial schwächeren Familien von einem Studium ab. Besonders ausländische Studierende sind benachteiligt, weil sie von Studienkrediten ausgeschlossen sind. Diese Bilanz zogen Dr. Gabriele Andretta, wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion und Prof. Dr. Rolf Dobischat, Präsident des Deutschen Studentenwerks auf einer Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion.

Die Veranstaltungsdokumentation ist im Internet unter www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=8829&lang=de abrufbar. ■

Impressum

Herausgeber: SPD-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Verantwortlich: Dr. Cornelius Schley,
Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen
Redaktion: Thilo Scholz,
Thilo.Scholz@lt.niedersachsen.de
Anschrift: Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1,
30159 Hannover, www.spd-landtag-nds.de
Layout & Satz: Anette Gilke,
mail@AnetteGilke.de

MÄRZ 2007 | WWW.SPD-LANDTAG-NDS.DE

EDITORIAL

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN, LIEBE LESERINNEN UND LIEBE LESER,

mit dieser Ausgabe erscheint »Thema im Landtag« (TiL) erstmals in neuem Gewand. Bisher haben wir im »Thema im Landtag« jeweils nach dem Landtagsplenum unmittelbar über unsere Schwerpunkte in der Sitzungswoche berichtet. Verbreitet wurde die Information über unseren Internet-Auftritt und auf dem Postweg. Dies wird sich nun ändern.

Vor euch liegt das erste TiL als Beilage des »vorwärts«. Natürlich werdet ihr das »neue« TiL auch weiterhin zusätzlich in unserem Internet-Auftritt finden. Wir werden ihn auf Wunsch auch weiter verschicken.

Wir hoffen, mehr Menschen zu erreichen und sie über unsere Arbeit im Landtag zu informieren. Wir hoffen auch, dass jede Leserin und jeder Leser in Gesprächen mit Bekannten und Nachbarn dazu beiträgt, diese Information noch weiter ins Land hinaus zu tragen. Das wird in den nächsten Monaten auch notwendig sein, um unser politisches Profil weiter zu schärfen. Auch inhaltlich wird sich etwas ändern. Bisher haben wir immer aktuell aus dem Landtag berichtet. In Zukunft werden die Artikel vornehmlich die »langen Linien« unserer Politik zum Inhalt haben. Aktuelle Informationen erreichen euch weiterhin und sogar verstärkt per E-mail, wenn ihr in unserem Verteiler seid.

Viel Spaß beim Lesen. Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge wendet euch bitte an die Redaktion.

Euer

Wolfgang Jüttner

Wolfgang Jüttner

AUF DER ZIELGERADEN

Auch im Landtag hat der Schlussspurt begonnen

Von Wolfgang Jüttner

In knapp einem Jahr wird ein neuer Landtag gewählt. Schon jetzt wirft der Wahltermin einen langen Schatten. Landesregierung und die Regierungsfraktionen demonstrieren nach außen zwar große Selbstsicherheit, intern werden sie aber sichtlich nervös. Sie versuchen überall dort nachzubessern, wo die Kritik der SPD-Landtagsfraktion besonders schmerzt. Anders sind die Schnellschüsse des Ministerpräsidenten auf einer Pressekonferenz im Februar nicht zu erklären.

Aus der Hüfte und ohne gründliche Vorbereitung verkündete er ein beitragsfreies drittes Kindergartenjahr. Was vor ein paar Wochen – als die SPD dies forderte – noch unfinanzierbar sein sollte, kann nun plötzlich auf Pump bezahlt werden. Im Kultusministerium herrscht Ratlosigkeit. Dort liegen weder genaue Berechnungs- noch Umsetzungsmodelle vor. Ob es Herrn Wulff so gelingen wird, der SPD-Fraktion die Meinungsführerschaft in der Bildungspolitik abzukaufen – denn auf nichts anderes ist diese Initiative gerichtet. So leichtgläubig sind die Bürgerinnen und Bürger nicht. Sie haben sehr wohl gemerkt, welche Fraktion in dieser Frage die treibende Kraft war.

Ein auf Effekthascherei gerichteter Schnellschuss ist auch der ebenfalls verkündete Innovationsfonds von 32 Millionen Euro. Er wird zu einer maximalen Ausschüttung von 1,5 Millionen Euro Fördermitteln pro Jahr führen. Das ist bei dem enormen Nachholbedarf des Landes nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Im vergangenen Jahr ging eine Pleitewelle über das Land und die Zahl der Gewerbeanmeldungen ist ebenso zurückgegangen wie die der Patentanmeldungen. Hier liegt Niedersachsen weit unter dem Bundesdurchschnitt. Die Anmeldung von Patenten ist aber das Resultat der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit eines Betriebes, also seiner Innovationsfähigkeit. Folgerichtig stellt das Statistische Landesamt im »Niedersachsen Monitor« fest: »Niedersach-



Wolfgang Jüttner
SPD-Fraktionsvorsitzender im
Niedersächsischen Landtag

sen hat im vergangenen Jahr, wie schon 2004, im Standortwettbewerb der Länder an Boden verloren.« Da werden die 1,5 Millionen Euro nicht viel bewegen.

Es gibt für uns also keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Wir haben in den vergangenen vier Jahren gute Arbeit geleistet und an politischem Profil gewonnen. Dies gilt für das Feld der Bildungspolitik, in dem wir mit unserem »Bildungspolitischen Programm« einen hervorragenden Kompass erarbeitet haben. Hinzu kommt: Selbst das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung hält dem Land eine verfehlte Schulpolitik vor. Das gilt für den Bereich der Wirtschaftspolitik, in dem wir gerade mit einer Reihe von Fachtagungen unsere Kompetenz im Bereich der maritimen Wirtschaft und der innovativen Automobilindustrie unter Beweis stellen und weiterentwickeln werden. Das gilt aber vor allem auch für das Thema »Soziale Gerechtigkeit«. Beim Behindertengleichstellungsgesetz, beim Kinderschutz und bei der Kindergesundheit – um nur einige Felder zu nennen – haben wir überall die besseren Konzepte für ein solidarisches und soziales Niedersachsen.

Ich bin sicher: Unser politisches »Haben-Konto« bei den Menschen in Niedersachsen wird sich weiter füllen – bilanzierten werden sie in zehn Monaten. ■

SPD-Bildungsprogramm
[www.spd-landtag-nds.de/
web/content.jsp?nodeId=7897&lang=de](http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=7897&lang=de)

Niedersachsenmonitor
2006
[www.nls.niedersachsen.de/
Download/Monitor/
Monitor2006.pdf](http://www.nls.niedersachsen.de/Download/Monitor/Monitor2006.pdf)

NIW Bildung und
Qualifizierung in
Niedersachsen
[www.niw.de/publikationen/
forschungsberichte/34/Bildung.html](http://www.niw.de/publikationen/forschungsberichte/34/Bildung.html)

TOD IM TRANSRAPID

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Niedersächsischen Landtages klärt die wahren Ursachen des Unglücks auf.

Für die die SPD-Landtagsfraktion im Untersuchungsausschuss: Gerd Will (Sprecher), Axel Plaue (stellv. Ausschussvorsitzender), Werner Buß, Klaus Fleer

Vetretung:
Heike Bockmann, Frauke Heiligenstadt, Frank-Henry Horn, Günter Lenz

Der Frankfurter Hirnforscher Prof. Dr. Wolf Singer beklagt das Defizit im Bereich der musischen Fächer und verweist darauf, dass die Erziehung zu einseitig auf die Vermittlung rationaler Fähigkeiten ausgerichtet sei. Singer formuliert das so: »Deutsche Kinder drohen sich zu kommunikativen Krüppeln zu entwickeln.«



Christina Bührmann

Der »Masterplan für kulturelle Bildung in Niedersachsen« im Wortlaut: www.spd-landtag-nds.de/web/binary.jsp?nodeId=7816&binaryId=7299&display=inline

Am 22. September des vergangenen Jahres fuhr der Transrapid im Emsland auf ein Wartungsfahrzeug auf. 23 Menschen verloren dabei ihr Leben. Dieses Unglück, das von den Befürwortern der Magnetbahn nicht für möglich gehalten wurde, schien zunächst eine einfache Ursache zu haben: »Menschliches Versagen«. Zwei unabhängig voneinander arbeitende Mitarbeiter im Leitstand der Magnetbahn hatten, ebenso wie der Fahrzeugführer des Transrapid, das auf der Strecke stehende Wartungsfahrzeug übersehen. Die Besatzung des Wartungsfahrzeugs hatte davon nichts bemerkt, sie war in den Funkkreis von Transrapid und Leitstand nicht einbezogen.

Beim zweiten Blick wurde jedoch schnell klar, dass es sich nicht nur um menschliches Fehlverhalten handelte, also um eine Sache von Staatsanwaltschaft und Polizei. Es ging um die Frage, ob durch Fehlentscheidungen der Landesregierung dieses Unglück erst möglich gemacht wurde. Der Versuch der Aufklärung mit konventionellen parlamentarischen Mitteln führte allerdings nicht zu befriedigenden Antworten. Zur Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gab es damit keine Alternative. Die Fraktionen der SPD und der Grünen haben diesen deshalb nach reiflicher Prüfung im Landtag beantragt.

Die Beweiserhebungen dieses Parlamentarischen Untersuchungsausschusses sind noch längst nicht abgeschlossen. Festzustellen bleibt aber schon jetzt: Wären die gummitbereiften Wartungsfahrzeuge auf der Teststrecke im Ems-

land in das elektronische Sicherungssystem der Magnetbahnfahrzeuge einbezogen worden, hätte es das Unglück nicht gegeben. Schon die einfache Einbindung der Wartungsfahrzeuge in den gemeinsamen Funkkreis von Transrapid und Leitstand hätte das Unglück verhindert. Die Besatzung des Wartungsfahrzeugs hätte die Freigabe der Strecke mitgehört und wäre so in der Lage gewesen, Alarm zu schlagen.

Diese und andere Sicherheitslücken haben aber auch schon andere gesehen. So hat das Eisenbahn-Bundesamt – eine kompetente Fachbehörde des Bundes – vergeblich versucht, die Zuständigkeit für die Genehmigung der Betriebsvorschriften der Transrapid-Strecke zu übernehmen. Das für die Magnetbahntechnik zuständige Bundesamt, ein Tochterunternehmen der Deutschen Bahn, forderte z.B. eine strikte Trennung der Verantwortung für den Fahrbetrieb und der technischen Sicherheit des Systems. Der zuständige niedersächsische Wirtschaftsminister lehnte dies aber ab, stellte sich auf die Seite der bisherigen Betreiber und beließ es bei der Zuständigkeit der Landesbehörde für den Straßenbau. Dort wurde diese Arbeit von einem Mitarbeiter mit einem Zeitaufwand von gut zwei Stunden in der Woche erledigt. Wirtschaftsminister Hirche versucht sich nun unter Hinweis auf seine unzureichenden technischen Kenntnisse aus der Affäre zu ziehen. Nach seiner Aussage wusste er auch nichts von den Aktivitäten des Ministerpräsidenten Wulff. Dieser mischte in den Jahren 2004/2005 im Hin-



tergrund mit, um Veränderungen in der Zuständigkeit auf der Teststrecke zu verhindern. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Untersuchungsausschusses sind daran interessiert, dass der Transrapid nach einer Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen seinen Betrieb in Lathen wieder aufnehmen kann. Ob und wie dies allerdings geschehen wird, hängt von dem Ergebnis der Untersuchung ab. Selbst die Landesregierung wird nach jetzigem Untersuchungsstand die Wiederaufnahme des Betriebes ohne veränderte technische Sicherungen nicht zulassen können.

Fazit: Die Hinterbliebenen der am 22. September des vergangenen Jahres verstorbenen Menschen müssen damit leben, dass dieses Unglück vermeidbar gewesen wäre. Dass diese Landesregierung ihre politische Verantwortung auch in diesem Fall nicht übernehmen wird, steht leider ebenso fest. ■

KULTURELLE BILDUNG TUT NOT – MASTERPLAN ERFORDERLICH

Die SPD-Landtagsfraktion spricht sich für einen Masterplan zur Förderung und Stärkung der kulturellen Bildung als notwendiges Element des schulischen und frühkindlichen Angebots aus. »Der RTLisierung müssen wir als Gesellschaft dringend Qualität entgegen setzen«, begründet dies Christina Bührmann, kulturpolitische Sprecherin. Der Pisa-Schock hat die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem auf die Defizite in den Fächern wie Deutsch oder Mathematik gelenkt. Die Möglichkeiten kreativer Gestaltung, die ästhetische Erziehung vermitteln kann,

hat jedoch eine hohe Bedeutung für die Entwicklung der Lernfähigkeit und der Persönlichkeit von Kindern. Dies zeigen auch die neuesten Ergebnisse der Hirnforschung. Kulturelle Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich für Kinder und Jugendliche ist der entscheidende Schlüssel zur Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben.

Kinder und Jugendliche brauchen Kultur, gemeinsames Musizieren, Theaterspielen, Tanzen, Schreiben, Malen und Gestalten, damit sie Kreativität, Teamfähigkeit, Leistungsbereitschaft und Tole-

ranz lernen. Das Land ist in der Pflicht, kulturelle Bildung auch als Landesaufgabe zu begreifen.

Insbesondere Ganztagschulen bieten dabei organisatorische und inhaltliche Perspektiven für die Kooperation mit kulturellen Einrichtungen. Kulturelle Bildung bedeutet auch, Jugendliche an Kultur heranzuführen.

In Niedersachsen gibt es einen großen Nachholbedarf. Wenn das Interesse an Kultur im Elternhaus nicht geweckt wird, können Schulen diese Defizite bisher nur unzureichend ausgleichen. ■

KINDESWOHL VOR ELTERNWILLE

Gesetzesinitiative für Kinderrechte in der Niedersächsischen Verfassung

»Kinder brauchen eigene, von der Verfassung garantierte Rechte auf Schutz und Förderung durch den Staat«, fordert der Vorsitzende der SPD-Fraktion Wolfgang Jüttner. Anlass ist ein SPD-Gesetzentwurf, der die Verankerung von Kinderrechten in die niedersächsische Landesverfassung zum Ziel hat.

Kinder sind der größte Schatz, über den die Gesellschaft verfügt. Die SPD setzt deshalb in ihrer Kinderpolitik auf eine Kombination aus vorsorgenden Schutzmaßnahmen und individueller Förderung im Bildungswesen. Die Verankerung von Kinderrechten in der Niedersächsischen Verfassung ist dabei mehr als die von CDU und FDP unterstellte Symbolik. Verfassungsrechtlich abgesicherte Rechten der Kinder verändern staatliches und gesellschaftliches Handeln. Der Blickwinkel für die besonderen Bedürfnisse und Rechte von Kindern wird dadurch geschärft. Denn Kinder sind nicht einfach nur »kleine Erwachsene«.

Die schrecklichen Fälle von Kindesmisshandlung und -verwahrlosung belegen, dass Kindeswohl vor Elternwillen gehen muss. Dies gilt besonders dann, wenn Eltern aus Überforderung oder Desinteresse ihren Kindern massiv



schaden. In Deutschland sterben nach Erkenntnissen des UNO-Kinderhilfswerkes UNICEF wöchentlich zwei Kinder an den Folgen von Verwahrlosung, Misshandlung und Missbrauch.

Mit ihrem Programm »Kinder schützen – Kinder fördern« legt die SPD-Fraktion konkrete Vorschläge vor. Diese zeigen beispielhaft, was Kinderrechte bedeuten. Denn es gilt, die landespolitischen Spielräume auszuschöpfen und eine klare Alternative zur Arbeitsverweigerung der Sozialministerin zu bieten.

Nötig ist eine neue Balance von Kinder- und Elternrechten. Die derzeitige verfassungsrechtliche Situation führt dazu, dass Kinder nur das erwarten dürfen, was ihre Eltern zu leisten in der Lage oder bereit sind. Nicht zuletzt die Ergebnisse der PISA-Studie haben deutlich gemacht, dass die Herkunft der Eltern auch heute noch fast immer über die Zukunftschancen der Kinder entscheidet. Deshalb sind frühkindliche und vorschulische Förderung, Erziehung und Betreuung, aber auch Elternberatung die zentralen Bausteine der fortschrittlichen SPD-Kinderpolitik.

Der Begriff »Kindergarten« ist in Deutschland erfunden worden und um die Welt gegangen. Mittlerweile stagniert die Entwicklung. Deutschland – und insbesondere Niedersachsen – fallen zurück. Unentzündbar ist, dass in Niedersachsen nur 80% der notwendigen Kita-Plätze vorhanden sind. Immer noch werden Kinder aus Haushalten, in denen Eltern Abitur haben, viel eher in den Kindergarten geschickt als z.B. Kinder aus sozial schwachen Familien oder mit Migrationshintergrund. Die SPD will deshalb einen Mentalitätswechsel hin zu einer spürbaren Verbesserung der frühkindlichen Bildung.

Inzwischen sind in elf der 16 Bundesländer Kinderrechte in den Landesverfassungen verankert. Sowohl die UN-Kinderrechtskonvention als auch die EU-Grundrechtscharta definieren eigene Kinderrechte. Unter der Wulff-Regierung ist das Land wieder mal spät dran. Nun sind CDU und FDP am Zuge, denn für eine Verfassungsänderung braucht es eine Zweidrittelmehrheit im Landtag. ■

Die wichtigsten Elemente des Programmes:

1. Das Ende des von der Landesregierung zu verantwortenden Ausblutens des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD). Mit der SPD wird es für alle Kinder in Kitas und Grundschulen mindestens fünf verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen durch den ÖGD geben. Damit werden auch die Familien erreicht, die heute noch nicht die freiwilligen Untersuchungen der Krankenkassen nutzen.

2. Den flächendeckende Ausbau der Familienhebammen im Lande – von der Schwangerschaft bis zum Ende des zweiten Lebensjahres des Kindes. Denn nur eine möglichst frühzeitige und niedrigschwellige Unterstützung hilft Eltern und Kindern. Die Landesregierung ist zu einer solchen landesweiten Anstrengung weder willens noch fähig. Wie sonst ist zu erklären, dass sie die Aufgaben weitgehend auf die Kommunen abwälzt?

3. Die Weiterentwicklung der Mehrgenerationenhäuser des Landes zu Familienzentren. Denn entscheidend für Familien und Kinder ist eine zentrale Anlaufstelle für die aufsuchende Kinder- und Familienhilfe.

60 JAHRE DEMOKRATISCHES NIEDERSACHSEN – VOM AGRARSTAAT ZUR INDUSTRIE- UND BILDUNGSREGION

Veranstaltungreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen

Am 20. April 1947 wählten die Niedersachsen erstmalig einen Landtag. Zuvor hatte die britische Besatzungsmacht die drei Länder Braunschweig, Schaumburg-Lippe und Oldenburg sowie die preußische Provinz Hannover zu einem neuen Bundesland zusammengefügt. Anlässlich dieses 60. Jahrestages bereitet die Friedrich-Ebert-Stiftung drei Veranstaltungen in den alten Landtagen von Hannover, Oldenburg und Braunschweig vor. Neben vielen prominenten Zeitzeugen aus 60 Jahren Niedersachsen referieren Prof. Dr. Helga Grebing (Historische Kommission des SPD-Parteivorstandes) und der SPD-Landtagsfraktionsvorsitzende Wolfgang Jüttner.

18. April 2007 ab 19:00 Uhr

Hannover: Congress Centrum – Blauer Saal – Theodor-Heuss-Platz 1–3

19. April 2007 ab 19:00 Uhr

Oldenburg: Alter Landtag – Tappenbergstraße 1
(neben dem Gebäude der ehemaligen Bezirksregierung Oldenburg)

21. April 2007 ab 19:00 Uhr

Braunschweig: Alte Aula der Technischen Universität Braunschweig – Pockelsstraße 14

Weitere Fragen und Anmeldungen bitte richten an:

Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Niedersachsen, Rathenaustr. 16A, 30159 Hannover,
Fax 0511/30 61 33, E-Mail hannover@fes.de, Internet www.fes.de/hannover